

Auch mit einem gut getimten Terroralarm und massenhaften Botschaftsschließungen kann die US-Regierung die weltweite Diskussion über ihre illegalen Überwachungspraktiken nicht mehr abwürgen.

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 111/13 – 07.08.13**

Einen Tag, nachdem Russland Snowden Asyl gewährt hat, will Obama die Angst vor neuen Terroranschlägen schüren

Von Thomas Gaist

World Socialist Web Site, 03.08.13

(<http://www.wsws.org/en/articles/2013/08/03/snow-a03.html>)

Nach wüsten Drohungen gegen Edward Snowden – den NSA-Zuarbeiter, der zum Whistleblower geworden ist – und gegen Russland – das ihm am Donnerstag befristet Asyl gewährt hat – verkündete die Obama-Administration am Freitag wegen angeblich drohender Al-Qaida-Anschläge eine "globale Reisewarnung" und schloss US-Botschaften (u.a.) in Tripolis, Kairo, Tel Aviv, Bagdad, Riad und Doha.

Insgesamt sollen 22 Botschaften und Konsulate geschlossen werden, und für den gesamte Mittleren Osten wurde eine Terrorwarnung herausgegeben. Nach offiziellen Angaben hat eine Kontaktperson im Jemen vor möglichen Terroranschlägen auf US-Botschaften gewarnt; im Jemen finden seit Jahren US-Drohnenangriffe statt.

Völlig kritiklos haben die drei wichtigsten US-Fernsehanstalten in ihren Abendsendungen die offizielle Warnung vor Terroranschlägen verbreitet, obwohl die Regierung keinerlei Beweise für ihre Behauptungen vorlegen konnte. Auch dieses Mal wurden wieder die üblichen "Terrorexperten" bemüht, um die (abflauende) Angst in der Bevölkerung zu schüren.

Keine der Behauptungen der Regierung sollte für bare Münze genommen werden. Sie sollen nur die auch in der US-Bevölkerung wachsende Unterstützung für Snowden eindämmen; den lässt Obama im Stil einer Hexenjagd verfolgen, weil er ihn dafür bestrafen will, dass er Details über geheime Überwachungsprogramme ausgeplaudert hat, die Gesetze und die Privatsphäre von US-Bürgern und Millionen Menschen auf der ganzen Welt verletzen.

Am Donnerstag wurden die Ergebnisse einer Umfrage der Quinnipiac University (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Quinnipiac_University) veröffentlicht; danach sehen 55 Prozent der befragten US-Bürger in Snowden einen Whistleblower (der zu Recht auf den Machtmissbrauch der US-Regierung aufmerksam gemacht hat), und nur 34 Prozent halten ihn wie die Regierung für einen Spion und Verräter. Obwohl Obama, führende Geheimdienstleute und Politiker beider Parteien seit Wochen versuchen, die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, dass die Überwachungsprogramme zur Verhinderung von Terroranschlägen notwendig sind, nimmt ihnen die Mehrheit der US-Bürger diese Lüge nicht mehr ab. Es gibt überzeugende Gründe für die Annahme, dass mit der Terrorwarnung vom Freitag nur (Angst und) Verwirrung gestiftet und die Oppositionsbewegung gegen die illegalen und verfassungswidrigen Überwachungsprogramme geschwächt werden sollte.

Die Obama-Regierung hat damit gedroht, ein im Rahmen des bevorstehenden G20-Gipfels in St. Petersburg geplantes Treffen Obamas mit dem russischen Präsidenten Wladimir

Putin in Moskau platzen zu lassen. Damit will sie sich dafür rächen, dass Moskau Edward Snowden Asyl gewährt hat.

Russlands Entscheidung, Snowden erst einmal für ein Jahr Asyl zu gewähren, damit er den Moskauer Flugplatz, auf dem er über einen Monat festsaß, verlassen konnte, rief wütende Reaktionen des politischen Establishments der USA hervor. "Offensichtlich ist das keine positive Entwicklung," sagte Jay Carney, der Pressesekretär des Weißen Hauses, am Donnerstag. "Wir denken darüber nach, ob in dieser Situation ein Gipfel überhaupt noch von Nutzen ist."

Der demokratische Senator Charles Schumer aus New York nannte Snowden einen "Feigling" und warf Russland vor, "den USA einen Dolchstoß in den Rücken" versetzt zu haben. Der republikanische Senator Tom Coburn aus Oklahoma bezeichnete Snowden als "Verräter an unserem Land".

"Wenn unser Präsident despektierlich behandelt wird, ist das nicht gut," äußerte der republikanische Senator Lindsey Graham aus South Carolina in einem Interview. "Unsere Außenpolitik funktioniert nicht. Das ist ein Beispiel dafür, dass sie nicht funktioniert."

Lon Snowden, der Vater Edward Snowdens, erklärte gegenüber dem US-TV-Sender CBS zur Asyl-Entscheidung: "Das war sehr ehrenhaft; mein Sohn ist ja kein US-Bürger mehr, sondern ein Bürger dieses Planeten, ein Weltbürger. Ich bin (den Russen) sehr dankbar für das, was sie für meinen Sohn getan haben."

"Sie wissen ja, dass mein Mandant jeden Tag Drohungen von der US-Regierung erhält," teilte Anatoli Kutscherena, der russische Rechtsanwalt, mit, der Snowden bei seinem Asyl-Antrag unterstützt hat. "Die Situation spitzt sich zu."

"Snowdens persönliche Sicherheit ist ernsthaft bedroht," fügte Kutscherena hinzu. Die Sorge um seine Sicherheit schränke seinen Bewegungsradius stark ein. "Er kann nicht einfach über den Roten Platz spazieren oder angeln gehen."

Der Terroralarm vom Freitag ist Teil einer Public-Relations-Kampagne, mit der die US-Regierung versucht, der Bevölkerung einzureden, die (NSA-)Überwachungsprogramme seien legal und stünden unter strenger Kontrolle des Kongresses. In dieser Woche hat der Rechtsausschuss des Senats führende NSA-Leute und Vertreter des Justizministeriums zu den Programmen angehört. Einige Senatoren haben zwar mehr "Transparenz" und "Verantwortlichkeit" gefordert, das Hearing machte aber deutlich, dass es im Kongress keine ernstzunehmende, prinzipielle Opposition gibt, weil der Kongress, beide Parteien und die Justiz schon lange zu Komplizen (der Regierung) bei der Errichtung des Polizeistaates USA geworden sind.

Der Kongress wusste schon lange, bevor der *Guardian* Snowdens enthüllende Dokumente veröffentlichte, was die NSA tut. Die demokratischen Senatoren Mark Udall aus Colorado und Ron Wyden aus Oregon haben sich als Gegner der NSA-Überwachung und Verteidiger der bürgerlichen Freiheiten ausgegeben. In Wirklichkeit unternehmen sie aber weder etwas gegen die Überwachungsprogramme noch gegen die Geheimdienste, die sie benutzen.

Ihre angebliche Opposition ist doppelbödig und feige. Sie haben in dieser Woche noch nicht einmal gegen die Bestätigung des neuen Direktors des Federal Bureau of Investigation / FBI gestimmt, der unter Bush dem Justizministerium angehört hat und für Folterungen und Überwachungsprogramme mitverantwortlich ist.

Sie stellen nur Schaufenster-Anträge, um den Überwachungsprogrammen, die eindeutig gegen die Bill of Rights verstoßen (weitere Informationen dazu unter http://de.wikipedia.org/wiki/Bill_of_Rights_%28Vereinigte_Staaten%29) ein Feigenblatt zu verschaffen, das sie als legal und mit der Verfassung vereinbar erscheinen lässt. In einem Treffen, das kürzlich zwischen angeblichen Überwachungsgegnern im Kongress und Präsident Obama stattgefunden hat, schlug Wyden vor, dem Geheimgericht, das Überwachungsanträge genehmigt (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP09013_100713.pdf), einen "Anwalt für die Achtung der Privatsphäre und der Bürgerrechte" beizuordnen.

Wyden behauptet, gegen die NSA-Programme zum Mitschneiden aller Telefongespräche in den USA zu sein, und schlägt gleichzeitig "Verbesserungen" vor, die es der Regierung noch einfacher machen würden, das Verbot von Durchsuchungen und Beschlagnahmen im 4. Zusatzartikel zur US-Verfassung (s. dazu auch http://de.wikipedia.org/wiki/4._Zusatzartikel_zur_Verfassung_der_Vereinigten_Staaten) zu umgehen. "Ich bin zum Beispiel dafür, die Befugnisse der Sicherheitsbehörden zu erweitern, damit unsere Regierung in der Lage ist, sich alle Informationen zu beschaffen, die sie braucht, um die Bevölkerung zu schützen," sagte Wyden nach dem Treffen mit Obama.

Weder Wyden noch andere "Kritiker" der Spionageprogramme im Kongress verteidigen Snowden oder andere Whistleblower wie Bradley Manning und Julian Assange, die Verbrechen der US-Regierung angeprangert haben.

Inzwischen bringt jeder Tag neue Enthüllungen über uns alle betreffende Spionageprogramme. CNET (s. <http://de.wikipedia.org/wiki/CNET>) hat am Freitag berichtet, das FBI habe Telefongesellschaften genötigt, eine "Port Reader Software" zu installieren, die das Abgreifen von Meta-Daten – zum Beispiel IP-Adressen, E-Mail-Adressen, die Identität von Facebook-Nutzern und Besuchern von Websites, die von Geheimdiensten überwacht werden – in Echtzeit ermöglicht. In dem CNET-Bericht steht: "Insgeheim setzt die US-Regierung Telefonanbieter unter Druck, damit sie die Technologie, die das Abhören erleichtert, direkt in ihre Telefonnetze installieren."

(Wir haben den informativen Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in Klammern versehen. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)

World Socialist Web Site

Published by the International Committee of the Fourth International (ICFI)

One day after Russian asylum for Snowden Obama administration launches terror scare

By Thomas Gaist
3 August 2013

Amid escalating denunciations and threats against both Edward Snowden, the National Security Agency (NSA) contractor-turned whistle-blower, and Russia, which granted Snowden temporary asylum on Thursday, the Obama administration on Friday issued a "global travel alert," closing US embassies in Tripoli, Cairo, Tel Aviv, Baghdad, Riyadh and Doha based on supposed threats of Al Qaeda attacks.

In total, 22 embassies and consulates are to be closed, and a terror alert has been issued covering the entire Middle East. Official statements have asserted that a contact from Ye-

men—a country that has been under bombardment from US drones for years—gave information raising the possibility of terror attacks against US embassies.

All three major television networks led their evening news reports with the government's claims, reporting them uncritically despite the lack of any substantiation or any specific purported threats. Terrorism "experts" were trundled out in the usual fashion to stoke up public alarm.

None of the government's claims should be taken for good coin. They follow more evidence of broad popular support for Snowden, whom the Obama administration is witch-hunting and targeting for prosecution—or worse—for leaking details of secret surveillance programs that invade the privacy and violate the rights of every American and millions more people around the world.

On Thursday, a Quinnipiac poll was released showing that 55 percent of Americans believe Snowden is a whistle-blower, versus only 34 percent who buy the government line that he is a spy or traitor. Weeks of official statements from Obama, top intelligence officials and politicians of both parties claiming that the spying operations are needed to combat terror threats have obviously fallen flat with the public. There is every reason to believe that Friday's terror scare was launched in an attempt to sow disorientation and dissipate opposition to the illegal and unconstitutional spying programs.

The Obama administration has threatened to cancel a planned meeting between Obama and Russian President Vladimir Putin in Moscow following the upcoming G20 summit in St. Petersburg. This would be one form of retaliation for Moscow's granting of temporary asylum to Snowden.

Russia's decision to allow Snowden to leave the Moscow airport to which he had been confined for over a month and settle in Russia for at least a year provoked furious denunciations from the American political establishment. "Obviously this is not a positive development," said White House Press Secretary Jay Carney on Thursday. "We are evaluating the utility of a summit."

Democratic Senator Charles Schumer of New York called Snowden a "coward" and denounced Russia for "stabbing us in the back." Republican Senator Tom Coburn of Oklahoma said Snowden was a "traitor to our country."

"Any time our president is seen to be disrespected, it's not good," Republican Senator Lindsey Graham of South Carolina said in an interview. "Our foreign policy is not working. This is an example of it not working."

Lon Snowden, father of Edward, told CBS in regard to the asylum decision, "It's the honorable thing to do, and as not just a citizen of the United States, but a global citizen of this planet, an occupant of the Earth, I am so thankful for what they have done for my son."

"As you know, he is receiving threats from the United States government every day," said Anatoly Kucherena, the Russian lawyer who facilitated Snowden's asylum request. "The situation is heating up."

"The personal safety issue is a very serious one for him," Kucherena added. Security concerns will constrain Snowden's movement, according to Kucherena, who said that he "can't go for a walk on Red Square or go fishing."

Friday's terror alert comes in the midst of a public relations campaign by the administration to portray the spying programs as legal and carefully monitored by Congress. This week, the Senate Judiciary Committee held a hearing to take testimony from top officials of the NSA and the Justice Department concerning the programs. Amid talk of the need for "transparency" and "accountability" from some of the senators on the committee, the hearing only underscored the absence of any serious or principled opposition in Congress and the complicity of both parties, the Congress and the courts in the buildup of the apparatus of a police state.

Congress was fully informed about the NSA programs for years before the Guardian published Snowden's leaked documents. Democratic Senators Mark Udall of Colorado and Ron Wyden of Oregon have been trumpeted as adversaries of the NSA surveillance and defenders of civil liberties. In fact, they make no serious challenge to either the programs or the spy agencies that carry them out.

Their supposed opposition is two-faced and cowardly. Neither of them even voted against the confirmation this week of a former Bush Justice Department official and supporter of torture and the NSA spying programs as the new Federal Bureau of Investigation director.

They propose token measures to provide a fig leaf of legality and constitutionality to programs that directly violate the Bill of Rights. In a recent meeting between congressional would-be opponents of surveillance and President Obama, Wyden proposed the addition of a "privacy and civil liberties advocate" to the secret court that reviews surveillance requests.

He claims to oppose NSA programs that collect the records of all US telephone calls, but adds caveats that would allow the government to continue to shred the Fourth Amendment's ban on warrantless searches and seizures. "I am open, for example, on areas like these emergency authorities to make sure that our government is in a position to get information needed to protect the public," Wyden said after the meeting with Obama.

Neither Wyden nor any of the other congressional "critics" of the spying programs defend Snowden or other whistle-blowers who have exposed US government crimes, such as Bradley Manning and Julian Assange.

Meanwhile, virtually every day brings new revelations of pervasive spying programs. A CNET report released Friday stated that the FBI has been pressuring telecommunications providers to install "port reader software" that enables real-time interception of internet metadata, including IP addresses, e-mail addresses, identities of Facebook correspondents, and sites visited by government surveillance agencies. As CNET wrote: "The US government is quietly pressuring telecommunications providers to install eavesdropping technology deep inside companies' internal networks to facilitate surveillance efforts."

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern